

DEUTSCHLAND WEIT NIEDRIGER ALS INFLATION

So strikt will die SPD-Fraktionsspitze jetzt Mieterhöhungen begrenzen

Veröffentlicht am 27.08.2023 | Lesedauer: 2 Minuten

Teures Baumaterial, Öko-Auflagen, Zuzug, das Scheitern beim Wohnungsneubau: Die Situation hat sich auch für Mieter aus vielen Gründen verschärft. Um sie vor Mieterhöhungen zu schützen, plant die SPD-Fraktion in einem Beschlusspapier jetzt noch engere Grenzen für Vermieter.

Die Spitze der SPD-Fraktion setzt sich für eine stärkere Begrenzung von Mieterhöhungen ein. In einem Beschlusspapier für die Fraktionsklausur Anfang kommender Woche, das der Deutschen Presse-Agentur und der „Bild am Sonntag“ vorliegt, ist die Rede von einem „bundesweiten Mietenstopp“.

Konkret wird in dem Papier jedoch gefordert, dass Mieten in angespannten Wohngebieten in drei Jahren um maximal sechs Prozent und zudem nicht über die ortsübliche Vergleichsmiete steigen dürfen. Aktuell gilt eine allgemeine Grenze für Mieterhöhungen von 20 Prozent in drei Jahren. In Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt sind es 15 Prozent.

Im Koalitionsvertrag hatten die Ampel-Parteien vereinbart, diese Kappungsgrenze auf 11 Prozent abzusenken. Das hält die SPD-Fraktion angesichts der aktuell kritischen Lage auf dem Wohnungsmarkt aber nicht für ausreichend. Das Papier wurde vom geschäftsführenden Fraktionsvorstand bereits beschlossen und soll auf der Klausur in Wiesbaden in größerer Runde beraten werden.

Gefordert wird darin auch eine Lösung für Indexmietverträge (</wirtschaft/article243322533/Deutscher-Mieterbund-fordert-Buschmann-auf-Indexmieten-zu-verbieten.html>). Diese an die Inflationsrate gekoppelten Mieten sind aus Sicht der Sozialdemokraten zum Problem geworden, weil die Preise – und damit die Mieten – durch den Ukraine-Krieg stark anzogen. „Die bisherige Regelung hat vielfach zu Mietsteigerungen von über zehn Prozent pro Jahr geführt“, schreibt die SPD. Sie schlägt nun vor, Indexmieten statt an die Inflationsrate an die allgemeine Entwicklung der Nettokaltmieten zu koppeln. Mindestens aber solle eine „effektive Kappungsgrenze“ für solche Verträge eingeführt werden.

Für Notarkosten soll künftig eine Pauschale gelten

Auch gegen hohe Nebenkosten beim Kauf einer Wohnung oder eines Hauses will die SPD vorgehen. So soll ein Käufer künftig nur noch dann Maklergebühren zahlen, wenn er oder sie den Makler auch selbst beauftragt hat. Für Notarkosten soll eine Pauschale gelten.

Skeptisch zeigt sich die Fraktion, was Energiestandards von Neubauten angeht. „Angesichts der aktuellen Rahmenbedingungen im Bau- und Wohnungssektor wollen wir die Einhaltung von EH40 im Neubau weiter durch Förderung unterstützen und **eine Verschärfung der Baukosten durch einen neuen, höheren Effizienzstandard zunächst nicht weiterverfolgen**“, heißt es. Neuer Standard im Bau soll eigentlich der aufwendigere Effizienzstandard EH50 sein. **Strengere Vorgaben zur Dämmung würden die Baukosten aber weiter erhöhen.**

Durch Corona-Pandemie und [Ukraine-Krieg \(/politik/ausland/article247110708/Ukraine-News-Drei-ukrainische-Kampfjet-Piloten-sterben-bei-Kollision-ihrer-Maschinen.html\)](/politik/ausland/article247110708/Ukraine-News-Drei-ukrainische-Kampfjet-Piloten-sterben-bei-Kollision-ihrer-Maschinen.html) hat sich die ohnehin angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt zuletzt verschärft. Bauen und die Kredite dafür sind teurer geworden. Zugleich fehlen Fachkräfte.

dpa/gub

+ Einen Monat für 1€ statt 9,99€

Mehr als **220.000 Abonnenten** nutzen bereits WELTplus! Erhalten auch Sie Zugriff auf alle Inhalte auf WELT.de und in der WELT News App.

JETZT TESTEN